

Schöner, forstlicher, ökonomischer!?

Die politische Landschaft nach der Forstreform in Bayern

Die Veränderung der politischen Landschaft neun Monate nach der Forstreform in Bayern stand im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion, die der Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstgeschichte im Rahmen des 38. Forstpolitikertreffens organisierte. Über 45 Wissenschaftler aus Deutschland und den angrenzenden europäischen Ländern sowie zahlreiche Mitglieder des Zentrums Wald-Forst-Holz in Freising lauschten den Redebeiträgen von GEORG WINDISCH, dem Leiter der Bayerischen Forstverwaltung, REINHARD NEFT, Vorstand der Bayerischen Staatsforsten, MARIAN FREIHERR VON GRAVENREUTH, Vorsitzender des Bayerischen Waldbesitzerverbands, und Dr. RALF STRAUSSBERGER, Geschäftsführer des Waldbündnis Bayern.

Bewertung der Forstreform

Prof. Dr. MICHAEL SUDA leitete die Diskussion mit der Frage ein, welche Gründe und Ziele die Akteure für die Forstreform sehen. Einigkeit herrschte darüber, dass in den letzten 10 Jahren der ökonomische Druck auf die Forstwirtschaft deutlich zunahm. Für die Staatsforstverwaltung war die Reform nach Ansicht NEFTS nur deshalb so überraschend, da die Zeichen der Zeit (auch von ihm selbst) nicht erkannt wurden. Dem widersprach WINDISCH deutlich. Die Forstverwaltung befand sich seit 1995 in einem ständigen Reformprozess, der vonseiten der Politik sehr positiv bewertet wurde. Auch STRAUSSBERGER sah die alte Forstverwaltung auf einem guten Weg und befürchtete mit der Reform eine noch stärkere Betonung der ökonomischen Funktion der Wälder, die aus seiner Sicht zulasten der Wohlfahrtsleistungen der Wälder geht. Maschinengerechter Wald, Verkürzung der Umtriebszeit, Aufweichung des Grundsatzes „Wald vor Wild“ sind Befürchtungen der Umweltschützer. V. GRAVENREUTH wandte sich vehement gegen das „Zerrbild der Forstwirtschaft“, das das Waldbündnis schon während des Volksbegehrens zur Mobilisierung der Bürger zeichnete. Als sehr positives Ergebnis der Forstreform stellte v. GRAVENREUTH die Stärkung des privaten Waldbesitzes, besonders der Waldbesitzervereinigungen bzw. Forstbetriebsgemeinschaften, heraus. Die Beratung der 156 bayerischen Waldbesitzervereinigungen durch die staatlichen Beamten wird die notwendige Professionalisierung dieser für den Holzmarkt wichtigen Selbsthilfeeinrichtungen vorantreiben. Auch NEFT zeigte sich von der Reform begeistert. Der eigenständige Betrieb kann nun viel flexibler auf den Markt reagieren und sogar stabilisierend auf den Holzpreis einwirken. Um das Betriebsziel einer Umsatzrendite von 15 % zu erreichen, sieht NEFT vor allem

Einsparpotenzial im logistisch-organisatorischen Bereich. Dabei muss man von finnischen und österreichischen Betrieben lernen, d.h. nicht ihre Waldbaustrategien adaptieren, sondern ihre Erfahrungen in der engen Zusammenarbeit mit der Holzindustrie nutzen. Auch WINDISCH gewinnt der Reform viel Positives ab. Die Abtrennung des Betriebes führt dazu, dass auf allen Ebenen die hoheitlichen und Beratungsaufgaben ernster genommen werden. Früher seien die Privatwaldbebe-

Forstreform in Bayern

Nach der Landtagswahl 2003 in Bayern beschloss der Bayer. Landtag am 17.3.2004 trotz intensiver Proteste vieler Akteure des forstlichen sowie des Umweltschutzfelds,

1. den Forstbetrieb in eine eigenständige, betriebswirtschaftlich ausgerichtete Rechtsform auszugliedern,
2. die betriebsbezogene Einzelberatung der privaten Waldbesitzer und die Betreuung des Kommunalwalds einzustellen sowie
3. die Verwaltung mit der Landwirtschaftsverwaltung in Ämtern für Landwirtschaft und Forsten zusammenzuführen.

Um die Umsetzung dieses Beschlusses zu verhindern, organisierte das Waldbündnis Bayern, ein Zusammenschluss von über 50 Verbänden hauptsächlich aus dem Bereich Natur- und Umweltschutz, ein Volksbegehren mit dem Ziel, das Einheitsforstamt zu erhalten. Um die Waldbesitzervereinigungen für die Reform zu gewinnen, wurde ihnen zugesagt, dass die Privatwaldberatung nicht komplett eingestellt wird, sondern den Waldbesitzervereinigungen Mitarbeiter der Forstverwaltung als Berater zur Seite gestellt werden. Das Volksbegehren scheiterte knapp an dem benötigten Quorum von 10 % der Unterschriften der zur Wahl berechtigten Bürger in Bayern. Am 1.7.2005 wurde das Unternehmen „Bayerische Staatsforsten“ als Anstalt öffentlichen Rechts gegründet. Es bewirtschaftet die 800.000 ha Staatswald mit 2.800 Beschäftigten, 41 Forstbetrieben und 558 Forstrevieren.

treuer des gehobenen Dienstes häufig ohne Führung dagestanden, da sich der Forstamtsleiter oft schwerpunktmäßig um Fragen des Forstbetriebs kümmerte. Alle Ebenen der Verwaltung ziehen nun an dem Strang, den gesamten Forstsektor in Bayern zu stärken.

Neue Rollen der Akteure

Dieser positiven Sicht der Forstreform konnte sich STRAUSSBERGER nicht anschließen. Die ausschließliche Bevorzugung der Holzproduktion führt inzwischen auch bei naturnah wirtschaftenden Betrieben zu Raubbau. Der Bund Naturschutz musste Ende März Alarm schlagen, da der Wittelsbacher Ausgleichsfond großflächig reine Laubwaldbestände in überwiegend Nadelholzbestände umgewandelt hat und dabei auch nicht vor nach PEFC-Kriterien verbotenen Kahlschlägen zurückschreckt. STRAUSSBERGER vermisste dabei eine klare staatliche Aufsicht über den Privatwald. Der Bund Naturschutz kann nicht die Forstverwaltung ersetzen, die derzeit 69 Reviere nicht besetzt hat und damit auch keine hoheitliche Aufgaben wahrnehmen kann. WINDISCH verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass derzeit 140 Beamte die Waldbesitzervereinigungen zeitlich befristet unterstützen und die Verwaltung an einer Neugliederung der Reviere arbeitet. Deutlich offensiver versuchen sich die Privatwaldbesitzer zu positionieren. Der Waldbesitzerverband, der Bayerische Bauernverband und der Grundbesitzerverband möchten eine gemeinsame Interessenvertretung initiieren, um sich in der Vielfalt der forstlichen Verbände besseres Gehör zu verschaffen.

Wünsche an die Wissenschaft

Zum Abschluss der Diskussion wünschte sich v. GRAVENREUTH von den Forstpolitikwissenschaftlern mehr Wissenschaft und weniger Politik. WINDISCH und NEFT wünschten sich Unterstützung für aktuelle Themen der Forstpolitik wie der Förderung des Clusters Forst und Holz. STRAUSSBERGER wiederum forderte von der Wissenschaft eine vergleichende Bewertung aller Leistungen des Waldes, um eine Relativierung der Wichtigkeit der Holznutzung, die als einzige einfach ökonomisch zu bewerten ist, zu erreichen.

Klaus Wagner, Freising

Dr. K. Wagner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstgeschichte der TU München.